

Schweden wegen Tschernobyl für lange Zeit verseucht

In den von radioaktiven Cäsium-Isotopen aus Tschernobyl am stärksten verseuchten Gebieten Schwedens müssen die Kühe auch während der kommenden Wochen in ihren Ställen bleiben. Auf Weiden im Gebiet von Gävle massen Fachleute 137 000 Becquerel per Quadratmeter. Das entspricht nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation etwa dem 70fachen der in der Schweiz festgestellten Durchschnittswerte.

■ VON EDI STRUB, UPPSALA

In den am stärksten verseuchten Gebieten Schwedens zwischen der Universitätsstadt Uppsala und Gävle massen zum Teil Werte, die höher liegen als (bekanntgewordene) Messungen in Kiew ergaben: Starke Regenfälle hatten die von der Wärme des abgedeckten Reaktorherds in die Höhe getriebenen radioaktiven Partikel «heruntergewaschen». Forscher des hydrologischen Instituts der Universität Uppsala massen im Regenwasser nach der Explosion in Tschernobyl 500 000 Becquerel/Liter. Das ist 50 000 Mal mehr als normal und 1000 Mal mehr, als die EG in der Milch für maximal zulässig betrachtet.

Nachdem auch in Schweden die vom Jod verursachte Strahlung auf unbedenkliche Werte abgesunken ist, konzentriert sich die Aufmerksamkeit auf das längerlebige Cäsium: Die Bauern im Gebiet von Gävle und Uppsala sind aufgefordert worden, die Kühe bis auf weiteres in den Ställen zu behalten: Das knöchelhohe erste Gras muss bereits jetzt ein erstes Mal gemäht werden. Als Futter für die Milchkühe ist es ungeeignet. Die Regierung hat den Bauern versprochen, sie für Minder-einnahmen schadlos zu halten.

Bei der Bevölkerung in der Region Gävle-Uppsala haben die von den Behörden ergriffenen Massnahmen zum Teil Verwirrung ausgelöst. Vielen fällt es

schwer zu begreifen, dass die Kühe in ihren Ställen bleiben müssen, während für die Menschen im selben Gebiet angeblich keine Gefahr besteht. Die mit der Anti-KKW-Bewegung zusammenarbeitende amerikanische Forscherin Rosalie Bertell erklärte die «Beruhigungskampagnen» der schwedischen Strahlungsschutzbehörden für «missbräuchlich»: Nach ihrer Auffassung hätten zumindest ältere Leute und Schwangere aus den am härtesten betroffenen Gebieten von Gävle evakuiert werden müssen.

Jahrelang brachlegen?

Wie lange die Bauern die Kühe eingesperrt halten müssen, ist noch unklar. Auf einigen Bauernhöfen im Gebiet von Uppsala und Gävle macht man Versuche, um festzustellen, welchen Einfluss das Cäsium-verseuchte Gras auf Milch und Fleisch habe. Landwirtschaftsfachleute schlossen immerhin nicht aus, dass man besonders stark verseuchte Äcker und Weiden für mehrere Jahre würde brachlegen müssen.

In Finnland dürfen die Kühe nach einer Mitteilung der zuständigen Behörde seit Montag wieder überall weiden. Die Milch werde laufend kontrolliert und wenn nötig zu Milchpulver und Käse verarbeitet. (Bei der Käseherstellung bleiben die radioaktiven Isotope zum grössten Teil in der Schotte zurück.)

Nuklearen Winter testen

Um die möglichen Auswirkungen eines nuklearen Schlagabtausches auf das Klima zu untersuchen, plant das amerikanische Verteidigungsministerium für den kommenden Sommer einen kontrollierten Waldbrand. Schauplatz des zu analysierenden Infernos ist ein 500 Hektar grosses Trockengebiet im Lody Canyon nordwestlich von Los Angeles. Die Forscher erwarten bei diesem Versuchsfeuer eine etwa sechs Kilometer hohe Rauchwolke, die sie vom Boden und aus der Luft mit wissenschaftlichen Geräten exakt erfassen wollen. Im Vordergrund der Untersuchungen stehen die Wechselwirkungen der Rauchwolken mit der Atmosphäre. Nach den Modellen des nuklearen Holocausts werden Rauch und Staub in der Atmosphäre die Einstrahlung der Sonne behindern und ein Absinken der Temperatur bewirken. («New Scientist» Bd. 1503, S. 23) (TA)

19 Tschernobyl-Tote

Opferbilanz des KKW-Unfalls steigt

In der Sowjetunion sind bis jetzt 19 Menschen durch den Reaktorunfall von Tschernobyl und die dabei entstandene radioaktive Verseuchung umgekommen.

Moskau. – Die neue Zahl gab der stellvertretende Vorsitzende der Moskauer Akademie der Wissenschaften, Jewgeni Welichow, am Montag der Presse bekannt. Bisher war offiziell von 15 Toten die Rede gewesen, darunter zwei Arbeiter, die unmittelbar bei der Explosion des Reaktors gestorben waren. (SDA)

Kernkraftwerk musste abgeschaltet werden

Mühlheim-Kärlich. – Zum zweitenmal innerhalb weniger Tage musste das Kern-

kraftwerk Mühlheim-Kärlich bei Koblenz, das sich zurzeit im Leistungstest befindet, wegen Störungen abgeschaltet werden. Wie der rheinland-pfälzische Umweltminister am Montag mitteilte, löste das Personal in der Nacht zum Montag «vorsorglich manuell eine Reaktorschnellabschaltung aus», nachdem im «nichtnuklearen Sekundärbereich» eine Störung aufgetreten sei. Letztmals war die Anlage am 23. Mai abgeschaltet worden. (AP)

Flugblätter gegen Kernkraft in Prag und Budapest

Wien. – Studenten aus Österreich haben am Montag in Prag und Budapest an die 50 000 Flugblätter gegen Kernkraftwerke verteilt. Sie waren schwarz gekleidet und hatten ihre Gesichter weiss angemalt. (AP)

Tschernobyl. Der Kantonsrat erklärte drei Interpellationen für dringlich. Die Regierung hat Fragen nach dem Unfall im Kernkraftwerk zu beantworten. (Bericht auf Seite 25)

«Ich bitte darum, mich nach Tschernobyl zu schicken»

Die Katastrophe weckt in der sowjetischen Bevölkerung Gefühle des Patriotismus und der Solidarität

Reaktorunglück von Tschernobyl lässt bisher viele Fragen offen über Ursachen und Folgen der Katastrophe. Auch Spezialisten suchen Antworten gebens. «Bis zum äussersten gespannt sind die Gefühle, und nach dem ständigen Wunsch, zu sehen, kommt die brennende Notwendigkeit, zu greifen, weshalb geschehen ist, was – wie Theoretiker und Praktiker der Physik betonen – nicht geschehen sollte, noch nicht einmal im Fall der wahrscheinlichsten Wahrscheinlichkeiten», schrieb kürzlich die Parteilitung «Prawda». Für die aussenpolitische Wochenschrift «Neue Zeit» ist Tschernobyl die «unwahrscheinlichste Katastrophe, von der sich die Welt so schnell nicht erholt».

VON ELFIE SIEGL, MOSKAU

Vergangenheit und Zukunft von Tschernobyl im Nebel liegen, ist die Gegenwart klar: «Für die Beseitigung der Folgen sind die Kräfte des ganzen Landes mobilisiert», stellte die «Neue Zeit» fest, und die Gewerkschaftsunion «Trud» charakterisierte in der Zusammenfassung «jene Züge unseres Volkes, die schon immer unsere Stärke waren: Patriotismus, Liebe zum Vaterland, die Bereitschaft, im Unglücksfall zu leisten, und Selbstaufopferung. Wir hoffen, dass das Verständnis dafür, dass das Schicksal jedes einzelnen von uns eng mit dem Schicksal der sowjetischen Erde verbunden ist, auf der wir leben.»

Unerwartungen an den Krieg

Die Liebe zum Heimatland bieten Tausende von Sowjetbürgern ihren Arbeitseinsatz in der Gefahreneinheit um das Atomkraftwerk an. «Ich bitte darum, mich nach Tschernobyl zu

schicken. Ich bin Traktorfahrer und an Schwierigkeiten gewöhnt», erbot sich Genosse Metscherjakow aus der Gegend von Woronesch, auch der 27-jährige Elektroschweisser und Buldozermanow meldete sich freiwillig an die Front. Betriebe legen Sonderschichten ein für Tschernobyl, die sogenannten Subotniki, die Panzerreparaturwerkstatt eines kaukasischen Militärbezirks sammelte für die Betroffenen von Tschernobyl 10 000 Rubel, ein Minsker Juristenkollektive spendete 1000 Rubel, weil sich so manches seiner Mitglieder noch an das Blutvergiessen im letzten Krieg erinnerte: «Wie kann ich nicht auf der Seite des Unglücks sein in einer Gegend, wo das Blut meiner Kameraden floss», meinte einer der Spender, ein Kriegsveteran. Goldgräber in Kolyma fanden, «erstmalig seit zehn Jahren wieder», einen 500 Gramm schweren Goldbarren, auch die Arbeiter wurden dem Tschernobyl-Hilfsfonds übergeben.

Der Zentralrat der allrussischen freiwilligen Feuerwehrgesellschaft spendete

gar 100 000 Rubel – gehören doch vor allem jene Feuerwehreinheiten zu den Totenopfern und Schwerverletzten von Tschernobyl, die zuerst den Reaktorbrand eindämmten. Die Crew der Tupolew 134, die von Moskau aus den Schwarzmeerbadeort Suchumi anfliegt, verzichtet zugunsten von Tschernobyl auf ihre Sommergehälter, Moskauer Pop- und Rockkonzerte geben Ende Mai ein Sonderkonzert für Tschernobyl im Olympia-Sportkomplex, und schliesslich kann jeder Sowjetbürger seine Spende auf ein in den Zeitungen veröffentlichtes Sonderkonto überweisen.

Auch Sachspenden werden gerne angenommen: So lieferte etwa der Betrieb Geomach in Kursk innerhalb einer Woche zehn Roboter für Aufräumungsarbeiten in Tschernobyl, ferngesteuerte Bulldozer, und Traktoren aus Tscheljabinsk trafen inzwischen ebenfalls im Unglücksgebiet ein. Aus Swerdlowsk flog man 12 Tonnen Sand, synthetischen Kautschuk und Blei nach Tschernobyl. Ein Pionierlager in Armenien nimmt 5000 Schüler aus der Ukraine auf, die Kette der Beispielen der Hilfeleistungen ist lang... Die aus der Gefahrezone Evakuierten erhalten vom Staat pro Person 200 Rubel Beihilfe, falls nötig auch Kleidung und Schuhe und Bettwäsche geliehen. Die verlassenen Dörfer werden vom Militär und Polizeieinheiten bewacht, dennoch sind Diebstähle und Einbrüche dort keine Seltenheit. So mancher kleine Gauner schlägt sich in die Gefahrezone durch und bereichert sich mit Wertgegenständen, die

zurückgelassen werden mussten, weil sie verseucht sind. Geraten diese Beutestücke auf den Schwarzmarkt, so könnte das allerdings gesundheitsschädliche Folgen haben.

Folgen für den Tourismus in der Ukraine

Indessen häufen sich in den Zeitungsredaktionen angestammte Anfragen der Leser: Ob sich die Qualität der Produkte aus der Ukraine verschlechtert habe. «Mir sagte man, dass alles Vieh in der Gegend von Kiew und in Teilen Belarusslands vernichtet wurde, wegen der Verseuchungsgefahr von Menschen», fragte etwa ein Leser der Regierungszeitung «Iswestija», andere wollten wissen, ob man im Sommer auf die Krim oder nach Odessa fahren kann oder ins Baltikum. Der Gewerkschaftsfunktionär Stukin, für Kurorte zuständig, beruhigte die Gemeinderen: Man könne, wenngleich auch ein Teil der Plätze in den Sanatorien für die Bewohner von Tschernobyl reserviert sei, an der Schwarzmeerküste mehrere tausend Plätze zur Verfügung stellen. In Moskau hat es Fälle gegeben, in denen Sowjetbürger, die dieser Tage auf die Krim fuhren, sich schriftlich verpflichten mussten, nicht im Schwarzen Meer zu baden, «aus Vorsorge», wie ihnen gesagt wurde. Die «Iswestija» beruhigte ihre Leser weiter: In der ersten Maihälfte seien rund 10 000 Touristen aus 28 Ländern in die Ukraine gereist, dennoch liegt die Zahl niedriger als gewohnt: Im ukrainischen Lemberg etwa bot «Intourist», eigentlich nur für Ausländer organisato-

risch zuständig, dieser Tage Reisen für Sowjetbürger gegen Rubel in die begehrten Schwarzmeerreiseorte an.

Auch die Versicherung der «Iswestija» liegt und auf den privaten Kolchosmärkten angeboten werde, sei «sorgfältig geprüft» und könne genossen werden. UdsSR immer noch wichtige Messwerte für Wasser und Boden verschweigt. In der Ukraine, in Belarussland, Moldawien und im europäischen Teil der russischen Föderativen Sowjetrepublik arbeiten «überall» Messposten, 180 Stationen allein in der Ukraine messen die Luftwerte 800 Labors kontrollieren Bodendaten. Wie der Chef der Veterinärabteilung der zentralen sowjetischen Agrarbehörde, Tretjakow, der «Iswestija» versicherte, würden in das Gefahrengbiet zusätzliche Messapparate, Desinfektionsmaschinen und andere Spezialtechnik geliefert. Der Viehbestand aus der Unglückszone sei völlig erhalten, die Tiere seien auf andere Kolchosen verteilt und würden ständig kontrolliert, jenes Vieh, das den evakuierten Bauern privat gehört habe, sei vom Staat aufgekauft worden.

Dennoch: Der Verlust, der als Folge des Unglücks der ukrainischen Volkswirtschaft und damit auch der sowjetischen insgesamt entstanden ist, meinte kürzlich der ukrainische Regierungschef Ljaschko gegenüber einer Botschafter-Delegation in Kiew, sei «nicht gering». Doch es sei zu früh, um hier Berechnungen anzustellen. «Das Wichtigste ist jetzt, alle Folgen des Unglücks zu beseitigen.»

Cäsium in Lüftungsfiltern

Suva warnt das Wartungspersonal

Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl finden sich jetzt in Filtern von Klima- und Lüftungsanlagen immer dominierendere Anteile des langlebigen Cäsiums. Messungen haben auch ergeben, dass die Gesamtmenge der verschiedenen radioaktiven Stoffe die Grenze des für das Wartungspersonal Tolerierbaren erreichen kann.

■ VON PAUL BÖSCH, ZÜRICH

Die eidgenössische Kommission für AC-Schutz (KAC) hatte Anfang Mai empfohlen, dass das Betriebspersonal beim Wechseln von Filtern in grossen Lüftungsanlagen Staubschutz vor Nase und Mund verwende und dass die alten Filter in Plastik verpackt werden. Die Empfehlung war nötig, weil Lüftungsanlagen grosse Mengen von Luft filtern und in den Filtern darum entsprechend mehr radioaktive Stoffe hängenbleiben.

Wartungen werden verschoben

Die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (Suva) hatte Mitte Mai ein bisher nicht an die breite Öffentlichkeit gelangtes Papier erarbeitet, welches dem Wartungspersonal für unumgängliche Arbeiten zusätzlich Wegwerfkleider aus plastifiziertem Gewebe, Plastik- oder Gummihandschuhe sowie Überschuhe empfahl. Gleichzeitig wurde angeraten, Wartungen wenn immer möglich bis zum 1. September hinauszuzögern und Wegwerf-Filter bis zum 1. Oktober im Keller zu lagern und erst anschliessend normal zu entsorgen. Diese letzte Empfehlung basiert auf der Annahme, dass das kurzlebige Jod-131, welches die Suva bei ersten Erhebungen gefunden hatte, bis zum Herbst abgebaut sei. Vom 1. September an seien «keine Schutzmassnahmen mehr erforderlich», heisst es in dem Pa-

pier, das bisher bloss auf Anfrage abgegeben wurde.

Dass die Empfehlungen auf Echo stossen, zeigt das Beispiel der Universität Irchel in Zürich. Hier hat das kantonalzürcherische Amt für technische Anlagen und Lufthygiene die für Mitte Mai vorgesehene Sanierung eines Filterblocks auf unbestimmte Zeit verschoben, weil in einzelnen Filtern Strahlungswerte von bis zu 300 millionstel Röntgen pro Stunde gemessen wurden. (In der Luft beträgt der normale Wert 10 millionstel Röntgen.)

Mehr als die Hälfte Cäsium

Parallel zu den Empfehlungen hat die Suva weitere Erhebungen vorgenommen und diese mit ähnlichen Proben des Eidgenössischen Instituts für Reaktorforschung (EIR) in Würenlingen AG verglichen. Wie Armin Auf der Mauer, Chef der Suva-Sektion Physik, auf Anfrage erklärte, haben diese neusten Messungen nun ergeben, dass das langlebige Cäsium (Halbwertszeit 30 Jahre) immer dominierender wird: Cäsium-137 und -134 machen zusammen mehr als die Hälfte aus, ein Wert, der mit dem weiteren Abklingen von Jod-131 noch zunehmen dürfte. Bei einem von der Suva selbst untersuchten Filter fand sich eine Gesamtmenge an radioaktiven Stoffen, welche die Toleranzgrenze für das Wartungspersonal erreicht (100 millionstel

Curie). Es handelt sich allerdings um einen stark beanspruchten Filter, der 3000 Kubikmeter Luft pro Stunde verarbeitet.

Kritisch wird das Strahlenrisiko laut Auf der Mauer allerdings erst, wenn die radioaktiven Stoffe in den Körper gelangen. Darum empfiehlt die Suva, bei unumgänglichen Arbeiten an Filtern nicht zu essen, zu trinken oder zu rauchen.

Neben Jod und Cäsium fanden sich laut Auf der Mauer in den untersuchten Filtern zu fast einem Drittel Ruthenium-103 und – zu einem kleinen Teil – auch Tellur-132. Nicht erhoben wurde, ob hier auch Strontium und Plutonium hängengeblieben sind.

Wohin mit den verseuchten Filtern?

Nach dem Vorfinden von Cäsium könnte die Entwarnung, welche die vorläufigen Suva-Empfehlungen für den September herausgegeben hatte, nicht mehr aufrechterhalten werden, sagte Auf der Mauer. In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheitswesen müsse nun ein Weg für die Entsorgung der verseuchten Filter gesucht werden. Zur Diskussion stehen etwa die Verbrennung oder die Deponierung.

Während im EIR der zuständige Mann nicht zu erreichen war, bestätigte Heinz Hugo Loosli von der Nationalen Alarmzentrale, dass Cäsium in Filterproben immer dominierender werde. Loosli betonte allerdings, dass die Werte und Anteile variieren, je nachdem, aus welcher Landesgegend der untersuchte Filter stamme und wie lange er nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in Betrieb gewesen sei.

Fragen an den Regierungsrat nach dem Unfall von Tschernobyl

Die Konsequenzen des Reaktorunfalls in Tschernobyl werden auch im Zürcher Kantonsrat zur Sprache kommen. Das Parlament hat am Montag drei Interpellationen für dringlich erklärt, und zwar mit 73 Stimmen (60 waren nötig). Information, Kontrollen, Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern, künftiges Energiekonzept und Energiesparen - das sind einige der Themen, zu denen die Regierung innert vier Wochen Stellung nehmen muss.

Die Sozialdemokraten Ernst Wohlwend (Winterthur), Rodolfo Keller (Illnau-Effretikon) und Roland Brunner (Rheinau) erkundigen sich in ihrem Vorstoss nach den Konsequenzen, die der Regierungsrat aus der Katastrophe von Tschernobyl ziehen will. Sie stellen Fragen zur Information der Bevölkerung, zur Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton, wenn es um die Kontrolle der Radioaktivität geht, zur Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern bei radioaktiver Verseuchung, zur fachgerechten ärztlichen Behandlung nach einem Atomunfall und zur Aufgabe des Zivilschutzes im Falle einer radioaktiven Verseuchung in Friedenszeiten.

Eine weitere Interpellation stammt von Hans Beat Schaffner (GP, Fällanden), Paul Stopper (LdU, Uster), Marianne Meili (EVP, Hinwil) und Zita Küng (POCH, Zürich). Sie möchten wissen, welche Massnahmen das Amt für Gewässerschutz und Wasserbau sowie das Kantonale Laboratorium ergriffen haben, «um die Auswirkungen der radioaktiven Strahlung auf Nahrungsmittel, Wasser und Boden im Interesse der Volksgesundheit festzustellen». Ob es stimme, dass keine Anweisungen bestünden, den Klärschlamm in den Kläranlagen auf Ra-

dioaktivität zu untersuchen, ist eine weitere Frage.

Die LdU-Vertreter Hans-Rudolf Winkelmann (Zürich), Susanne Hohermuth (Zürich) und Paul Stopper (Uster) stellen Fragen zur zürcherischen Energiepolitik, und sie möchten auch wissen, ob die Regierung nicht eine Möglichkeit sehe, den Energiebedarf kurzfristig zu plafonieren und mittelfristig zu reduzieren.

«Nicht zur Tagesordnung übergehen»

Peter Duft (CVP, Zürich), der die Interpellationen unterstützte, war gegen die Dringlicherklärung. «Unter einem schnellen Verfahren könnte die gründliche Behandlung all dieser Themen leiden», befürchtete er. Anderer Meinung war FDP-Fraktionschef Martin Haas (Winterthur). «Die Fragen beschlagen Themen, die unsere Bevölkerung interessieren.» Mit 73 Stimmen wurden die Vorstösse dann auch für dringlich erklärt, so dass Ernst Wohlwend die drei Interpellationen unverzüglich begründen konnte. Wer dem kantonalen Gesundheitsgesetz nachleben wolle, müsse nach dem Unfall von Tschernobyl über die Bücher gehen, meinte der SP-Vertreter. Linke und Rechte könnten dabei feststellen, dass sie auf

einem Ast sässen, an dem sie selber sägen. «Bezüglich der Energiepolitik darf jetzt nicht zur Tagesordnung übergegangen werden», sagte Wohlwend.

Zu den Interpellationen muss nun der Regierungsrat innert vier Wochen Stellung nehmen.

Drei weitere Vorstösse

Am gleichen Montagmorgen wurden drei weitere parlamentarische Vorstösse zur Energiepolitik eingereicht. Daniel Vischer (POCH, Zürich) forderte den Regierungsrat in einer Motion auf, «beim Bund eine Standesinitiative einzureichen, welche die Stilllegung aller bestehenden Atomkraftwerke und den Verzicht auf den Bau des Atomkraftwerks Kaiseraugst zum Inhalt hat». Die EVP-Vertreter Susanne Huggel (Hombrechtikon) und Fritz Jauch (Dübendorf) erkundigten sich in einer Anfrage nach Sofortmassnahmen beim Energiesparen. Peter Duft (CVP, Zürich) verlangte, ebenfalls in einer Anfrage, Auskunft über die NOK und das Kernkraftwerk Kaiseraugst. «Wie gedenken die NOK den Sparwillen der Abnehmer durch zusätzliche Anreize zu fördern?» ist eine der Fragen. Eine weitere Frage betrifft die Haftung: «Ist der Regierungsrat der Auffassung, dass der Staat Zürich wenn nicht rechtlich, so zumindest moralisch haftbar ist für allfällige Schäden, verursacht durch ein Kernkraftwerk mit NOK-Beteiligung, falls der Versicherungsschutz des Werks und eine Zahlungsbereitschaft der NOK zur Schadensdeckung nicht ausreichen?» (wm)

Keine KKW-Beteiligung mehr für Solothurn?

(142)

Nachdem es lange still war um das KKW Gösgen Däniken, hat die Katastrophe in Tschernobyl die ehemals hitzigen Debatten um den weitherum sichtbaren Solothurner Atommeiler wieder in Gang gebracht. Kernkraftdebatte am Dienstag und Mittwoch im Solothurner Kantonsparlament: Der Kanton solle seine Beteiligung an der Kraftwerkgesellschaft Atel abstossen und somit die Kernkraftindustrie reprivatisieren, verlangen die Grünen im Kantonsrat.

■ VON NIKLAUS RAMSEYER, SOLOTHURN

«Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage zur Auflösung des Kantonsanteils an der Aare Tessen AG für Elektrizität Atel zu unterbreiten.» Dieses Postulat wird den Solothurner Kantonsrat in der Sitzung dieser Woche beschäftigen. Im Falle der Atel, der das Kernkraftwerk Gösgen Däniken zu 35 Prozent gehört und die sich unter anderem zu 12,5 Prozent an der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG und zu 6 Prozent an der Kernkraftwerk Graben AG beteiligt, will jedoch nicht der Solothurner Freisinn Staatsanteile reprivatisieren, sondern die Grünen zusammen mit einigen Sozialdemokraten: «Will der Kanton eine eigenständige, von einzelnen Energieträgern möglichst unabhängige Energiepolitik gestalten, so drängt sich ein Loslösen von der Atel geradezu auf», begründet der parteilose grüne Kantonsrat Stefan Frey seinen Vorstoss.

1,5 Strommillionen für Solothurns Staatskasse

Aufgrund einer Volksabstimmung im Jahre 1961 ist der Kanton Solothurn heute mit knapp 20 Millionen Franken oder 9 Prozent des Aktienkapitals von 225 Millionen an der Atel beteiligt. Der Staat

Stromindustrie gewinnen, war 1961 bei der Beteiligungsvorlage argumentiert worden. Heute sei eher das Gegenteil der Fall, behaupten die Anhänger einer Abkehr des Kantons von der Atel: Die Elektrizitätswirtschaft beeinflusse über die kantonale Beteiligung die Staatsorgane. Die viel diskutierte Spanienreise des gesamten Solothurner Regierungsrates auf Einladung und Kosten der Stromindustrie sei dafür nur das offensichtlichste Beispiel. «Durch die aggressive Atompolitik der Atel gerät der Kanton Solothurn mit seiner (Minderheits-)Beteiligung in eine staatspolitisch schwierige Situation, die er eigentlich nicht zu verantworten, trotzdem aber mitzutragen hat», stellt Stefan Frey fest. «Die Atel-Regierungsräte tragen diese verheerende Politik mit und unterstützen sie im Kanton, indem sie zum Beispiel die steuerliche Subventionierung von Elektrospeicherheizungen verordnen.»

Der «Elektrofilz» müsse im Kanton einmal diskutiert werden, meint auch Freys SP-Ratskollege Hanspeter Mathys, der das Postulat auf Reprivatisierung der Atel unterstützt: «Ich will einfach nicht mehr mit ansehen, wie Kantonsvertreter wider besseres Wissen in der Atel für Kaiseraugst und Graben sind und diese Haltung gleichsam für demokratisch legitimiert halten.»

Kaum Mehrheit für Reprivatisierung

Trotz Bekenntnissen zu weniger Staat von seiten der FDP und Schützenhilfe aus SP-Reihen dürfte Frey mit seinem Reprivatisierungsvorstoss im Kantonsrat Mühe haben. Die Solothurner Regierung hält nämlich klar an einer Atel-Beteiligung fest. Und wenn auch ein Sprecher des federführenden Finanzdepartements meint, nach Tschernobyl sei einiges unsicher geworden, so werden Solothurns Kantonsräte der Atel und damit ihrem KKW Gösgen kaum den Rücken kehren wollen.

Immerhin beschäftigt die Kernstromfabrik, vor der am kommenden 21. Juni demonstriert werden soll, in Gösgen bei Olten 325 Personen. Rund 15 Prozent des gesamten Schweizer Stromverbrauchs oder 6753 Millionen Kilowattstunden stammten 1985 aus dem KKW Gösgen, das damit 415 Millionen Franken Umsatz erzielte. 1979 in Betrieb genommen, dürfte die Grossanlage in Gösgen mit oder ohne Solothurns Beteiligung an der Atel noch mindestens bis 2020 weiterbrennen, stromen und dampfen.

Tiefe Messwerte

Bern. – Fleischproben von Kälbern, Rindern und Kühen aus der Süd-schweiz weisen eine niedrige radioaktive Belastung auf, die nach Ansicht der Experten weder für Produzenten noch Konsumenten besondere Massnahmen nötig machen. Hingegen soll das Schlachten von Schafen und Ziegen hier noch bis auf weiteres unterlassen werden. Wie die Einsatzgruppe der Eidgenössischen Kommission für AC-Schutz am Montag weiter mitteilte, ergaben die Messungen über das Wochenende praktisch unverändert niedrige Werte. (AP)

Solothurn kassiert so jedes Jahr rund 1,5 Millionen an Dividenden vom Elektrokonzern. Die Solothurner Regierungsräte Alfred Rötheli (Finanzdirektor CVP) und Walter Bürgi (Baudirektor FDP) sitzen im Atel-Verwaltungsrat.

Damit könne der Staat Einfluss auf die